

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Beatrice Herwig, CVP/EVP-Fraktion: Massnahmen zur Vermeidung eines Pflegenotstandes**

Autor/in: [Beatrice Herwig](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 9. Dezember 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die qualitativ hochstehende Versorgung im Bereich des Gesundheitswesens kann nur aufrecht erhalten werden, wenn genügend qualifiziertes Pflegepersonal zur Verfügung steht. Eine qualitativ gute, professionelle Pflege beschleunigt den Heilungsprozess, beugt Rückfällen vor und hilft Kosten zu sparen. Im Bereich der Pflege von älteren Menschen durch die Spitex können Heimeintritte verzögert oder ganz vermieden werden. In der Langzeitpflege in Pflegeheimen ist ein hohes Mass an Wissen erforderlich um Menschen mit oft multimorbiden Krankheitsbildern eine adäquate Pflege zukommen zu lassen. Diese Voraussetzungen und Ziele können gemäss SMECO-Studie 2006 ab dem Jahr 2009 immer weniger erreicht werden, sofern nicht auf allen Ebenen versucht wird, diesem Umstand entgegenzuwirken.

Die Gründe für den sich abzeichnenden Pflegenotstand sind vielfältig und können hier nur ansatzweise aufgeführt werden:

- Die demografische Entwicklung führt zu einer Zunahme der älteren Bevölkerung, die auf Langzeitpflege angewiesen ist.
- Der Geburtenrückgang verringert die Zahl an gut ausgebildeten Fachkräften auch in der Pflege.
- Die Auswirkungen der Umstrukturierung der Pflegeberufe sind im Moment noch nicht absehbar.
- Die Rekrutierung von ausländischem Pflegepersonal wird in Zukunft schwieriger werden, da im Ausland zunehmend versucht wird mit Anreizsystemen Pflegefachpersonen im eigenen Land zu behalten.

Während auf der Stufe der Erstausbildung (FAGE, HF) Anstrengungen unternommen werden, junge Menschen für einen Pflegeberuf zu motivieren, müssten auch in anderen Bereichen Strategien und Massnahmen entwickelt werden. Im Kanton Bern werden z.B. finanzielle Beiträge an die Kurskosten für WiedereinstiegerInnen aus dem eigenen Kanton ausgerichtet.

Ich bitte daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

1. mit welchen Massnahmen neben der Erstausbildung ein Pflegenotstand verhindert werden kann. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte untersucht werden:
 - Gezielte Förderung und Unterstützung von WiedereinstiegerInnen
 - Finanzielle Unterstützung von Personen aus anderen Berufsgruppen, die auf dem 2. Bildungsweg einen Pflegeberuf ergreifen möchten
 - Entwicklung von Massnahmen um die Verweildauer im Beruf zu erhöhen
 - Teilzeitmodelle, die auch kleinere Pensen ermöglichen
 - Bessere Vereinbarung von Beruf und Familie durch Betreuungsangebote, welche die spezielle Arbeitsplatzsituation der Pflegenden berücksichtigt

2. in welcher Form die verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen (Kanton, Spitäler, Oda, Pflegeheime, Spitex, SBK, Bildungsanbieter etc.) gemeinsam gegen einen Pflegenotstand vorgehen könnten.